

Zeichen der Zeit

■ Früheinschulung

Zum Übergang Kindergarten – Schule

Seit einem Jahr arbeitet ein Arbeitskreis, bestehend aus Erzieherinnen, Lehrern, Schulärzten und Dozenten, an einer Formulierung der leitenden Prinzipien der Waldorfpädagogik für die Alterstufen von 3 bis 9 Jahren. Diese Arbeit war notwendig, weil bisher keine entsprechende Darstellung vorliegt.

Das Ziel dieser Schrift ist es, »die einzelnen Phasen der Entwicklung vom dritten bis zum zehnten Lebensjahr zu beleuchten, um zu verdeutlichen, dass einzelne, aufeinander aufbauende Entwicklungsstufen nicht beliebig verkürzt oder übersprungen werden können, ohne die leiblichen und seelischen Grundlagen für ein lebenslanges Lernen ernsthaft zu gefährden. So individuell auch das einzelne Kind die Stufen des Bildungsprozesses durchläuft, so gibt es doch gewisse anthropologische Gesetzmäßigkeiten, von deren Beachtung oder Nichtbeachtung das Maß der Gesundheit, Kreativität und Leistungsfähigkeit eines jungen Menschen abhängen kann.«¹

Die Notwendigkeiten, die sich einerseits aus den veränderten Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder und andererseits aus der gesetzlich verordneten Vorverlegung des Einschulungsalters ergeben, bringen es mit sich, dass man den Übergang vom Kindergarten zur Schule überdenken und eventuell neu gestalten muss. Das bestehende Waldorfkindergarten-Konzept hat sich ohnehin in den letzten Jahren an vielen neuen Bedingungen orientieren müssen. Die Altersspanne der Kinder liegt mittlerweile zwischen zwei und sechs Jahren. Das pädagogische Konzept des Waldorfkindergartens wurde ursprünglich für

Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren entwickelt. Viele Kindergärten bieten Familiengruppen, Ganztags- und Nachmittagsbetreuung an. Vor zehn Jahren waren diese Entwicklungen noch fast unbekannt. Heute haben die Kinder (und ihre Eltern) andere Bedürfnisse. An vielen Orten hat man gleichzeitig um eine Neugestaltung der Unterstufe gerungen. Jetzt kommt die Vorverlegung des Einschulungsalters hinzu.

Die Vorverlegung des Einschulungsalters konfrontiert die Waldorfschul- und Kindergartenbewegung mit erheblichen Herausforderungen. Die möglichen Konsequenzen stellen die bisherige institutionelle Trennung von Kindergarten und Schule in der deutschen Bildungslandschaft (und zum Teil auch in der Waldorfschulbewegung) in Frage. In Anbetracht dessen ist es notwendig, einen einheitlichen Bildungsgang von 3 bis 18 Jahren zu konzipieren und zu realisieren.

Neugestaltung der Unterstufe und Ganztagschule

Wer die Problematik des Übergangs vom Kindergarten zur Schule weiterdenkt, wird schnell bemerken, dass wir es mit demselben Komplex von Phänomenen zu tun haben wie die zahlreichen Bemühungen um eine Neugestaltung der Unterstufe (Stichwort: Bewegtes Klassenzimmer, Bochumer Modell) und die Ganztagschule. Die möglichen Lösungen werden viel mit der Gestaltung der Unterstufe und den Konzepten der Ganztagschule zu tun haben. Auf jeden Fall wäre es kurzsichtig, diese Themen unabhängig voneinander zu betrachten.

Die Frage der Gesundheit

Die Überlegungen zur Neugestaltung des Unterrichts gehen stark von den Fragen nach der gesunden Entwicklung, oder anders gesagt: von der Entwicklung gesundheitsfördernder Kräfte bei den Kindern aus. Hier haben wir es mit einer zentralen Aufgabe der Waldorfpädagogik in Gegenwart und Zukunft zu tun.

Kompetenzerwerb und Nachweis

Ferner stellt sich bei den Bemühungen um Waldorfabchlüsse die Frage: Was sind die Fähigkeiten und »Kompetenzen«, die durch die Waldorfpädagogik in Kindern und Heranwachsenden angeregt und von ihnen erworben werden? Können wir sie beschreiben? Auch wenn wir nicht gewohnt sind, von Kompetenzen zu sprechen, war es doch immer schon ein zentrales Anliegen der Waldorfpädagogik, Lebenstüchtigkeit zu vermitteln und lebenslanges Lernen anzulegen. Wer diese Frage stellt, wird auch weiter fragen müssen:

- Wie verwandeln sich diese Kompetenzen/Fähigkeiten vom ersten zum zweiten Jahrsiebt und zu weiteren Entwicklungsphasen?
- Wie werden nachhaltige Lebenskompetenzen erworben?
- Was hat der Erwerb von solchen Kompetenzen mit der Entwicklung von Kohärenz und Resilienz, die Kernbegriffe der Salutogenese, zu tun?

Aus dieser Fragestellung heraus ergeben sich weitere Fragen, z.B. wie man solche Kompetenzen nachweisen kann.

Wenn es zu konkreten Konzepten kommt, brauchen wir Kriterien als Orientierung. Mit »Kriterien« sind Grundprinzipien der Waldorfpädagogik gemeint, die praktisch bestimmen, was noch als »waldorfgemäß« bezeichnet werden kann.

Welche Grundprinzipien haben wir?

Einige Grundprinzipien der Waldorfpädagogik kann man wie folgt skizzieren:

- Bei der Untersuchung zur Schulreife, Schulfähigkeit und Schulbereitschaft kommen viele Symptome in den Blick, z. B. ob der so genannte Gestaltwandel bereits vollzogen ist, ob der sichtbare Zahnwechsel begonnen hat, wie das Spielverhalten, die sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten, die Grob- und Feinmotorik sowie das Gedächtnis- und Vorstellungsver-

mögen des Kindes entwickelt sind.

- Die Schulreife hat mit Reifung zu tun und vollzieht sich nicht punktuell. Das heißt, man muss den Vorgang prozessual begleiten. Die Schulreife hängt vom Freiwerden der Vorstellungsfähigkeit ab und zeigt sich in weiteren Symptomen. Diese Vorstellungskräfte verfrüht zu beanspruchen, würde dem Kinde wichtige Lebenskräfte entziehen. Wir können also vor der Schulreife mit keinem formellen Lernen beginnen. Das muss als ein Kernprinzip der Waldorfpädagogik gelten.
- Ein zweites Prinzip der Waldorfkindergartenpädagogik ist es, die Kinder im Kindergarten in altersheterogenen Gruppen zu führen. Gerade für das letzte Drittel des ersten Jahrsiebts ist dieser Ansatz wichtig. In diesem Alter erwerben die Kinder die leibliche Grundlage der Sozialität, indem sie (als »Königskinder«) im Tun lernen, den Jüngeren zu helfen und Vorbild zu sein.
- Das Prinzip der Schulzeit ist es hingegen, die Kinder in altershomogenen Gruppen zu führen, und zwar aus zahlreichen lernmethodischen Gründen.
- Das freie Spiel, nicht als Mittel zum Lernen, sondern als Entwicklungsfeld für sich, ist ein wesentlicher Bestandteil der Kindergartenpädagogik.
- Ein weiteres Prinzip der Vorschulpädagogik im Sinne der Waldorfpädagogik ist es, dass das Lernen ein impliziter Vorgang ist, der hauptsächlich über die Nachahmung geschieht. Jedes Kind taucht in den Lernprozess von sich aus ganz freiwillig ein; solches Lernen »steckt an«.
- Das Lernprinzip der Schule, zumindest der Unterstufe, ist hauptsächlich der explizite Unterricht durch die »geliebte Lehrerautorität«. Das ist etwas grundsätzlich anderes als im Kindergarten.

Wenn wir auf die Bedürfnisse der heutigen Kinder (und deren Eltern) schauen, können wir vorläufig folgende Gesichtspunkte zusammentragen:

Die Bedürfnisse der Kinder heute

- Die so genannten »Schulkinder« in der letzten Kindergartenzeit haben das Bedürfnis, sich auf die Schulzeit vorzubereiten. Es gibt in den meisten Waldorfkindergärten regelrechte Schulkindarbeiten, in denen diese älteren Kinder ihre Fähigkeiten gezielt bei einem Projekt anwenden können. Man kann sich fragen, ob die »Schulkinder« zu bestimmten Zeiten in der Woche die Gelegenheit bekommen können, mit anderen Kindergarten-Schulkindern gemeinsame Aufgaben anzupacken. Dadurch erwerben die Kinder wichtige soziale Kompetenzen und üben eine gewisse Fokussierung der Aufmerksamkeit. Wichtig ist dabei – im Unterschied zum eigentlichen Schulunterricht – die absolute Freiwilligkeit der Beteiligung bei den Kindern. Der einzige »Zwang« ist die Sache bzw. Aufgabe selbst.
- Umgekehrt wäre zu überlegen, ob nicht in den ersten Klassen auch noch das freie Spiel seinen Platz hat. Viele Schulkinder haben weiterhin das Bedürfnis, neben den schulischen Aufgaben frei zu spielen.
- Man kann sich fragen, ob das Prinzip des altersübergreifenden Lernens auch *nach* dem Kindergarten noch eine gewisse Rolle spielen sollte. In altersübergreifenden Lernsituationen lernen Kinder vor allem informell am besten, das heißt durch das Spielen und über die Nachahmung. Was Kinder früher auf der Straße oder von den Geschwistern in den Familien alles gelernt haben, müssen sie jetzt weitgehend in informellen, aber bewusst gestalteten Lern- und Lebensräumen vermittelt bekommen. Im Prinzip gewinnt das, was man auch bisher schon im Hort angeboten hat, zunehmend an Bedeutung. Solche Gestaltungsmöglichkeiten müsste man bei den Diskussionen zur Ganztagschule bedenken.

- Wenn wir das Gesamtbild der Entwicklung der Kinder heute betrachten,² dann sehen wir viele Entwicklungsdefizite, vor allem was die Fein- und Grobmotorik sowie die sensorische, soziale und sprachliche Entwicklung betrifft. Schon allein aus diesem Grund müssten wir einen gemeinsamen, integrierten Ansatz von Kindergarten und Schule haben.
- Dazu gehört eine engere Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Unterstufenkollegium, wie z.B. regelmäßige gemeinsame Konferenzen.

Die Arbeitsgruppe, die die Schrift *Kindheit – Bildung – Gesundheit* erarbeitet hat, hat einen Antrag an den Bund der Freien Waldorfschulen und die Internationale Kindergartenvereinigung gestellt mit dem Ziel, die pädagogischen Grundlagen und möglichen organisatorischen Formen für den Übergang vom Kindergarten zur Schule zu erarbeiten und darzustellen.

Darin wird vorgeschlagen, eine Reihe von Pilotprojekten in verschiedenen Bundesländern (Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen sowie Berlin und Hamburg) zu dokumentieren und zu begleiten. Nach drei Jahren soll jede Projektgruppe für sich ihre Arbeit evaluieren. Der Arbeitskreis soll diesen Prozess begleiten und anschließend einen Arbeitsbericht mit Empfehlungen z.B. für die Weiterforschung und für die Ausbildung verfassen.

Zu Evaluationsvorgängen müssen alle Beteiligten, z.B. Eltern, Erzieher, Vorstandsmitglieder, eine Reflexionsmöglichkeit erhalten. Die Projektleitung würde die Ergebnisse in einem Bericht zusammenfassen und daraus eine Reihe von Empfehlungen an den Bund der Freien Waldorfschulen bzw. die Internationale Kindergartenvereinigung weiter geben. Insbesondere wird man auf die Konsequenzen für die Lehr- und Erzieherausbildung zu achten haben.



Gesundheit vier- bis achtjähriger Kinder

Erste Resultate der Pilotuntersuchungen an der basalstufe der Rudolf-Steiner-Schule Bern

Die Broschüre Kindheit – Bildung – Gesundheit

Diese Schrift bietet der Waldorfbewegung eine hervorragende Grundlage für die vielen Bemühungen auf dem Gebiet der Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten zur Schule. Das Thema ist komplex und muss durchdrungen werden, wenn wir sinnvoll handeln wollen. Die Bedeutung des Übergangs vom Kindergarten zur Schule sollte nicht nur von »Waldorfprofis« verstanden werden, sondern vor allem auch von Eltern und einer breiteren Öffentlichkeit. Es ist den Verfassern dieser Schrift gelungen, eine Sprachform zu finden, die dieses Verstehen ermöglicht.

Martyn Rawson

Die Broschüre ist erhältlich bei: DRUCKtuell, Benzstr. 8, 70827 Gerlingen, Fax 07156-944344, www.drucktuell.de; Stückpreis € 3,-.

Anmerkungen:

- 1 Rainer Patzlaff, Wolfgang Saßmannshausen: *Kindheit-Bildung-Gesundheit*, Pädagogische Forschungsstelle, Stuttgart 2005, S. 4
- 2 Siehe z.B. die Darstellung von Thomas Marti in »Erziehungskunst«, März 2004, oder Thomas Jachmann in »Erziehungskunst«, Februar 2005

Eine Pilotstudie an der *basalstufe* der Steiner-schule in Bern – die seit August 2003 zusammen mit der 1. und 2. Klasse eine so genannte »Elementar-Klasse« für Vorschulkinder eingeführt hat – beschäftigt sich mit den salutogenen Auswirkungen und der pädagogischen Zielsetzung dieses neuen Modells.

Die Daten der Studie wurden im Mai 2004 mittels eines Fragebogens (etwa 200 Fragen) erhoben. Insgesamt standen Angaben aus 56 Familien bzw. von 69 Kindern zur Verfügung. Mit einem Rücklauf der Fragebogen von 85% können die Ergebnisse als repräsentativ für die Elternschaft der *basalstufe* gelten.

Neben familiären, soziodemografischen und ökonomischen Angaben wurde nach der Art medizinischer Versorgung und Prävention, nach durchgemachten Krankheiten und nach dem Gesundheitsverhalten der Kinder (z.B. Schlafen, Freizeit) sowie nach der Ernährung und der bisherigen Entwicklung des Kindes gefragt. Weiter wurde der familiäre Erziehungsstil sowie das Verhältnis der Eltern zur Rudolf-Steiner-Schule und ihrer Pädagogik befragt.

Die Ergebnisse der Studie werden unter den zwei Kriterien »Kohärenz der Eltern mit der Schule« und »Gesundheit der Kinder« diskutiert. Die elterliche Kohärenz wird nach den Dimensionen *Lebensstil*, *Sozialkapital*, *ökonomisches Kapital* und *Kultur- oder Humankapital* beurteilt. Die Gesundheit der Kinder wird differenziert beurteilt nach: *globale Gesundheit*, *Schulfreude*, *Atopien* und *psychosomatische Gesundheit*.

Bezüglich der Kohärenz der Eltern mit der



Schule zeigt sich eine bemerkenswert starke Übereinstimmung der Elternschaft mit den sozialen und gesellschaftlichen, pädagogischen und kulturellen Intentionen der Schule. Dies trifft auch auf den Lebensstil zu, der die weltanschauliche Orientierung, den Erziehungsstil, das Gesundheitsverständnis

(medizinisch, Ernährung) sowie die Bildungsbestrebungen umfasst. Grundsätzlich kann bei den befragten Eltern der *basalstufe* eine ausgesprochen hohe Zufriedenheit sowohl mit der Pädagogik (Lehrplan, Unterricht) sowie mit den realen sozialen Beziehungen (Lehrer-Eltern, Lehrer-Kinder, Kinder-Kinder) festgestellt werden.

Im Bereich des »ökonomischen Kapitals« herrscht offensichtlich eine generell belastende Kluft zwischen den Möglichkeiten der Eltern und den Notwendigkeiten der Schule. Neben anderem dürfte ein Grund für diesen Umstand die Tatsache sein, dass 37,5% der befragten Eltern alleinerziehend leben, in Teilzeit arbeiten und daher ökonomisch schlechtergestellt sind. Der im Vergleich mit nationalen Daten rund dreimal höhere Anteil an alleinerziehenden Eltern stellt vermutlich den markantesten soziodemografischen Unterschied zu vergleichbaren (privaten wie staatlichen) Schulen dar.

Insgesamt zeigt sich ein Bild einer Elternschaft, die aus Überzeugung (Pädagogik, Sozialmodell) an die Schule gekommen, ökonomisch aber nicht privilegiert ist. Das große Engagement der Elternschaft (der gesamten Schule) und die Bemühungen, die finanzielle Kluft möglichst klein zu halten, spricht für das große Sozialkapital der Schule und ist letztlich auch Ausdruck für die starke Kohä-

renz der Eltern mit »ihrer« Schule.

Die globale Gesundheit (Allgemeinzustand) der Kinder wird von den Eltern mit einer großen Mehrheit als »gut« bis »sehr gut« eingeschätzt. Ebenso fällt die Schulfreude (wegen Unterricht und Lehrern) aus: die große Mehrheit der Kinder (91%) geht »recht gerne« bis »sehr gerne« zur Schule. Dabei zeigt sich, dass zwischen der Schulfreude und der Kohärenz der Eltern mit der Schule ein deutlicher Zusammenhang besteht, was die Wichtigkeit einer guten Zusammenarbeit von Schule und Elternschaft für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder unterstreicht.

Die von den Eltern am häufigsten bevorzugte medizinische Richtung ist die Homöopathie (60,7%), gefolgt von der Anthroposophischen Medizin (53,6%) und der Schulmedizin (37,5%). Nur 2% der Eltern setzen ausschließlich auf die Schulmedizin, die übrigen nutzen mindestens eine komplementäre Richtung. Entsprechend liegen auch die Impfraten z.B. für MMR (Masern-Mumps-Röteln) weit unter dem nationalen Niveau (7,2% vs. 85-89%).

Bezüglich Atopien (Heuschnupfen, Allergien, Asthma und Neurodermitis) und psychosomatischen Beschwerden (häufiges Bauchweh, Kopfschmerzen, Übelkeit, Schlafstörungen usw.) ergeben unsere Untersuchungen geringere Belastungen als in gesamtschweizerischen Untersuchungen (z.B. SCARPOL). Da jedoch standardisierte Kontrollstudien zu unseren Erhebungen noch fehlen und weil der vorliegende Stichprobenumfang für eine statistische Sicherung der Ergebnisse zu gering ist, müssen unsere Resultate als noch zu bestätigende Hypothese stehen bleiben.

Der ausführliche Forschungsbericht ist zu finden unter: www.basalstufe.ch

Thomas Marti

Die Wahl und die Bildung

Das Schleswig-Holsteinische DenkMal

»Öffentliche Erziehung scheint mir ganz außerhalb der Schranken zu liegen, in welchen der Staat seine Wirksamkeit entfalten muss.« Diese Worte schrieb der preußische Minister und Universitätsgründer Wilhelm von Humboldt vor mehr als 200 Jahren an seinen Kabinettschef Uhden. Vor dem Hintergrund der Wahl in Schleswig-Holstein bekommen sie eine denkwürdige Aktualität: Eine einzige Enthaltung war am 17. März im Kieler Landtag Ausschlag gebend für das Scheitern der so genannten »Dänen-Ampel« von SPD, Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband SSW.

Nach einem Wahlkampf, der die Bildungspolitik zu einem zentralen Thema gemacht hatte, entscheidet im Kieler Parlament eine so knappe Mehrheit über die Zukunft der Schule, dass sie unter Berücksichtigung der Nichtwähler höchstens ein Drittel der Bevölkerung repräsentiert. Die zwischen SPD, Grünen und SSW ausgehandelten Koalitions- und Tolerierungsverträge zeigten deutlich, in welchem Umfang die schulpolitischen Vorhaben der kommenden Legislaturperiode von den Interessen der beteiligten Parteien bestimmt werden. Wie anders ist beispielsweise zu erklären, dass die Schulen der dänischen Minderheit den Schulen in öffentlicher Trägerschaft in ihrer Bezuschussung künftig zu 100% gleichgestellt werden sollten, während die (anderen) freien Schulen, für die die Grünen eben jene Gleichstellung in ihrem Wahlprogramm gefordert hatten, noch nicht einmal erwähnt wurden?

Doch auch alle Vereinbarungen, die unter veränderten Vorzeichen von den Koalitionspartnern getroffen werden, sind zunächst einmal nichts anderes als ein weiteres zentral gesteuertes Experiment, das sein Versprechen, alles

besser machen zu können, erst noch in der Praxis einlösen muss.

Jede Schulpolitik, die wie zu Kaisers Zeiten »von oben« kontrollieren will, was in den Schulen passiert, regiert zwangsläufig über die Betroffenen hinweg und schwächt damit den Kern allen wirklichen Lernens: Die Initiative und die Freude an der Übernahme von Verantwortung. Muss das so sein? Ist es ein hinzunehmender Kollateralschaden der repräsentativen Demokratie, dass die Bildung als wichtigste aller öffentlichen Aufgaben von solchen Zufällen wie dem Ausgang dieser Wahl geprägt wird? Gehört die Zukunft unserer Kinder überhaupt zum Territorium parteipolitischer Interessen?

Gerade jene drei Länder, die bei der PISA-Studie ganz vorne lagen – Finnland, Schweden und die Niederlande –, zeigen, dass es auch anders geht. Schon vor Jahren machte man dort Schluss mit dem pädagogisch völlig unsinnigen staatlichen Schulmonopol, das in Deutschland noch immer weitgehend das Denken über Schule prägt. Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft führen in diesen Ländern eine selbstverständliche und friedliche Koexistenz. Sie arbeiten unter gleichberechtigten Bedingungen und folgen damit der einfachen Erkenntnis, dass ein Raum nicht dunkler wird, wenn man mehrere Lichter in ihm anzündet.

Schulvielfalt und der Wettbewerb um pädagogische Konzepte wird in diesen Ländern nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrgenommen. Es gehört zum Selbstverständnis dieser an der individuellen Förderung orientierten Schulsysteme, die eigenen Ideen mit den Erfahrungen der Konkurrenz zu bereichern. In Finnland machen die freien Schulen bereits ein Viertel der Schullandschaft aus, in den Niederlanden haben sogar 75% der Schulen nichtstaatliche Träger. Das Ergebnis gibt ihnen, wie nicht nur PISA gezeigt hat, Recht. In Deutschland wird die Frage nach dem »richtigen« Schulsystem dagegen mit einer ideologischen Härte geführt, die sich nur damit erklären lässt, dass hier um eines der letz-

Welche Regierung die Beste sey? Diejenige, die uns lehrt, uns

ten Bärenfelle gekämpft wird, welches den Landespolitikern noch zum Verteilen übrig geblieben ist. Seit 1794 das »Allgemeine Preussische Landrecht« mit dem Satz: »Die Schule ist eine staatliche Veranstaltung« klar stellte, dass der Staat den Kirchen einen wesentlichen Teil der Verantwortung für das private Leben seiner Untertanen abzunehmen gedachte, war das deutsche Schulwesen in nicht weniger als fünf Staatsformen Spielball der jeweiligen politischen Interessen: Auf die Kaiserzeit folgte die Weimarer Republik, danach die Nazidiktatur, der wiederum die Bundesrepublik und die DDR, bis die deutsche Einheit jedenfalls für die Bürger der DDR einen weiteren »Regime«-Wechsel mit sich brachte. In jüngster Zeit machte die neu aufgeflammete Föderalismus-Debatte deutlich, dass die an sich sehr fruchtbare Idee der Subsidiarität im Schulwesen ad absurdum geführt wird, wenn sie zu sechzehn Landes-Zentralen führt, die von den Interessen der jeweils regierenden Parteien abhängig sind. Hier zeigte sich – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – besonders deutlich die Phantasielosigkeit einer auf den schulpolitischen Obrigkeitsstaat ausgerichteten Politik, die das Subsidiaritätsprinzip nicht bis hin zur einzelnen Schule weiter dachte, sondern stattdessen auf noch mehr Vereinheitlichung und Zentralismus verfiel.

Noch einmal Wilhelm von Humboldt: »Man muss so viel Freiheit lassen als möglich. In Schulsachen muss das Regieren so viel als möglich ganz eingehen (im Sinne von auf-

hören, Anm. d. Verf.)«. Was könnte das für Schleswig-Holstein bedeuten? Eine wirklich zivilgesellschaftlich-demokratische und salomonische Lösung der Debatte um die Zukunft des Schulwesens im Lande könnte darin bestehen, nach niederländischem und skandinavischem Vorbild dafür zu sorgen, dass Schule auch in Deutschland endlich eine Angelegenheit der mündigen Bürgerinnen und Bürger wird. Konkret hieße das:

- Weit gehende wirtschaftliche und rechtliche Selbstständigkeit der einzelnen Schulen,
- Verantwortung der einzelnen Schulen für die Weiterentwicklung ihrer pädagogischen Konzepte,
- Grundfinanzierung der Schulen über Schülerkopfpauschalen, also nach tatsächlicher Schülerzahl (wobei sozial benachteiligte Standorte mit zusätzlichen Mitteln gefördert werden könnten),
- Gleichberechtigung der Schulen in freier gemeinnütziger Trägerschaft und Abschaffung der Wartefristen bei Neugründungen,
- Qualitätsentwicklung und Evaluierung der Schulen durch unabhängige, aber sorgfältig akkreditierte Institutionen eigener Wahl.

Die Kombination der hier skizzierten Maßnahmen würde die Initiative dorthin verlegen, wo sie alleine fruchtbar sein kann, nämlich in die einzelne Schule vor Ort. Wem schadet es, wenn sich das dreigliedrige und ein Gemeinschaftsschulwesen parallel entwickeln und die Eltern bzw. die älteren Schülerinnen und Schüler selbst entscheiden, welchem System sie sich anvertrauen wollen? Der Gewinn durch die subsidiäre Verlagerung der Verantwortung zu den pädagogisch Handelnden wäre mit Sicherheit dem Vertrauensverlust und der Frustration vorzuziehen, die uns aus den Parteizentralen erwarten, wenn Programme durchgesetzt werden.

*Henning Kullak-Ublick
Aktion mündige Schule, www.freie-schule.de*